

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Korrespondent und verantwortl. Redakteur *Jenny Mitzew.*
Wien, I. Neugebäudehaus.

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, den 4. Juni 1919. Nr. 239.

Amerikanisches Kinderhilfswerk. Die Familienfürsorge betreibenden Vereine und Körperschaften, die eingeladen wurden für die amerikanische Aussperraktion Kinder vorzuschlagen und dann zu diesem Zwecke im Laufe der vorigen Woche auch Ausweisscheine erhielten, werden eingeladen, bis Freitag, den 6. Juni, diese Vorschläge zu erstatten, da sonst anderweitig die Kinder ausgewählt werden müssten.

Sühneverhandlungen. Die Sühneverhandlungen des Gemeindevorstandes mit der Hilfe finden am 11., 18. und 25. Juni um 10 Uhr vormittags statt.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung, vom 4. Juni 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Der Gemeinderat tritt heute in geschichtlicher Stunde zusammen. Als Bürgermeister der Stadt Wien in der das Herz unseres Reiches schlägt, ist es mir ein tiefgefühltes Bedürfnis, in dieser schweren Stunde zu Ihnen zu sprechen. Der Tag des Friedens den wir alle mit ganzen Herzen ersehnt haben, ist endlich erschienen. Aber er ist wie wir befürchtet haben, kein Tag der Freude sondern ein Tag der Trauer. Die imperialistischen Säuger haben Monatlang über unser Schicksal beraten, sie sind noch nicht zu Ende gekommen, aber was wir bis heute erfahren, reicht aus zur Erkenntnis, daß nun kein Werk der Völkerveröhnung zustande kommt. Nach den furchtbaren materiellen und moralischen Verwüstungen des Krieges wollen die alleierten Machthaber nicht Recht schaffen in Europa sondern schwerstes Unrecht. Entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen wird unser Volk zerstückelt und sollen Millionen Deutschösterreicher in Nord und Süd nationaler Fremdherrschaft ausgeliefert werden. So will man unser Volk treffen und unsere junge Republik die nichts gemein hat mit den alten Habsburgerreich, das den unseligen Krieg begonnen hat. Die Schuldigen haben sich aus dem Staube gemacht und das unglückliche Volk soll nun furchtbar büßen, was seine alten Machthaber verbrochen haben. Wir alle ohne Unterschied der Partei hoffen immer noch, daß es unserer Delegaten in Paris, zu der vollsten Vertrauen haben, gelingen werde der Entente begreiflich zu machen, daß das alte Oesterreich nicht mehr besteht und dass wir Deutschösterreicher dasselbe Recht zu leben haben, wie die Staaten der anderen Nationen, die auf dem Boden der zugrundegegangenen Monarchie erwachsen sind. Die Entente hat in den letzten Monaten sich nicht jeder Einsicht unzugänglich gezeigt. Sie wird hoffentlich in der entscheidenden Stunde erkennen, das es ihr eigenstes Interesse ist, unseren politischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Rechnung zu tragen. Wir wissen, dass uns schwere Opfer auf keinen Fall erspart bleiben können. Was uns gerechterweise zufällt, müssen wir auf uns nehmen. Fordert man mehr, als Rechtens ist und als wir zu leisten vermögen, schneidet man uns alle Entwicklungsmöglichkeiten ab, dann wird diese Tat denen, die sie verüben, selbst zum Fluche werden. Denn jedes Unrecht, an einem Volke verübt, wird in der Folge stets zur Gefahr für den Frieden und die Freiheit aller Völker.

In Anschlusse an diese Kundgebung verliest der Bürgermeister ein an ihn gerichtetes Schreiben des ~~Kaisers~~ Orts-Ausschusses des Deutschen Burschenbundes, in dem dieser mitteilt, dass die deutsche Hochschul-Studentenschaft Wiens über die dem Deutschen Reiche auferlegten Friedensbedingungen durch Ansetzung einer allgemeinen studentischen Trauer in der Dauer von 14 Tagen der tiefen Trauer Ausdruck geben werde und hofft, dass auch die deutsche Stadt Wien die für das Deutsche Reich bereits bekannten und die für Deutschösterreich zu erwartenden gleich schmachvollen Friedensbedingungen zum Anlass nimmt, für unsere alterwürdige Hauptstadt eine Nationaltrauer anzuordnen.

Nach Verlesung erklärt der Bürgermeister: Ich werde diese Schreiben der nächsten Stadtratsitzung vorlegen. Ich glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, dass es wohl erst nicht notwendig sein wird, einen Beschluss eine Nationaltrauer zu halten, zu erwirken. Es ist meiner Ansicht nach in ganz Oesterreich tiefe Trauer über die Friedensbedingungen, wie sie jetzt verlaublich worden sind. (Rufe: ganz richtig!).

Das a.ö. Volksbekleidungsamt spendete für charitative Zwecke der Stadt und des Landes 10.000 Paar Schuhe mit Holzsohlen, wovon 5 - 6000 Paar auf die Armen der Stadt Wien entfallen. Der Bürgermeister spricht den Dank aus.

Der Bürgermeister teilt mit, dass GR. Forstner infolge seiner Wahl in den Hauptausschuss der d.ö. Nationalversammlung die Funktion eines Schriftführers des Wr. Gemeinderates zurückgelegt habe. An seine Stelle tritt GR. Hammerschmid.

Der Bürgermeister bringt einen Bericht der Stadtbauamts-Direktion über den Stand der Vergebung von Bauarbeiten zur Kenntnis, nach dem in Fortsetzung des am 10. Mai d. J. dem Gemeinderat erstatteten Berichtes, weitere Notstandsarbeiten mit der Gesamtkostensumme von rund 7½ Millionen Kronen vergeben wurden, so dass die bisher zur Ausschreibung gelangten Arbeiten im Ganzen 20 Millionen Kronen betragen. Die Gesamtkostensumme des bisher an Unternehmern vergebenen Arbeiten beträgt rund 8.6 Millionen Kronen. Bei den in Gang befindlichen städtischen Arbeiten wurden in der letzten Maiwoche 5200 Arbeiter beschäftigt wobei die in den fabriks- und gewerbmässigen Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht eingerechnet sind. Bei den Erdarbeiten und der Schlackenabfuhr vom städtischen Gaswerk auf dem Bau des Kontumatsmarktes sind 300 Arbeiter beschäftigt. Bei den Umpflasterungen der Strassen sind 400 Pflasterer und Hilfsarbeiter tätig.

Bm. Reumann teilt auf eine in der letzten Gemeinderatssitzung von GR. Witzmann gestellte Anfrage betreffend die Nichterhöhung der Stöhrbrotkarten mit, dass die städtischen Mehlabgabestellen rechtzeitig mit der erhöhten Mehlquote beliefert wurden und dass dem Magistrate bisher noch kein einziger Fall bekannt geworden sei, dass einer bezugsberechtigten Partei die Abgabe der erhöhten Stöhrbrotkarteneration verweigert worden sei, der Magistrat daher auch keinen Anlass zu einer nochmaligen Verfügung hatte.

Bm. Reumann beantwortet eine vom GR. Müller in der letzten Gemeinderatssitzung eingebrachte Interpellation betreffend die Verhältnisse im Versorgungsheim in Lainz und im Versorgungshaus in Liesing dahin, dass die gemeinderätliche Kommission zur Prüfung der Ernährungsverhältnisse in den städtischen Humanitätsanstalten beschlossen hat, die vom Interpellanten aufgestellten Behauptungen selbst an Ort und Stelle zu prüfen und hiezu die Interpellanten einzuladen.

Schriftführerin G-R-Marie Bock verliest den Einlauf. Die G-R. Adelheid Fopp, Gabriele Proft und Genossen verweisen in einer Anfrage darauf, daß bei der am 2. Juni im Augarten stattgefundenen Eröffnung des amerikanischen Kinderhilfswerkes eine Anzahl Kinder dazu bestimmt war, den amerikanischen Damen Blumensträuße zu überreichen, wogegen natürlich nichts zu sagen ist. Wohl aber gegen die Art, wie die Kinder es taten. Ein Knix war ihnen eingelernt worden, der so tief war, dass sie mit dem Knie fasst den Boden berührten. Diese Handlung mußte gerade bei diesem Anlass auf jeden, der es sah, demütigend wirken und uns als die Bettler erscheinen lassen, die wir wieder nach den Worten des V.-B.-nicht sein wollen. Der Herr Bgm. wird daher gefragt: Ist er geneigt zu erheben, wer dieses beschämende Schauspiel veranlasst hat? Ist er weiter geneigt, zu veranlassen, das die in Betracht kommenden Stellen oder Personen belehrt werden, das solche Dinge nicht dem Geiste unserer demokratischen Republik entsprechen und daher in Zukunft vermieden werden müssen.

Bgm. Reumann verliest einen Bericht des städt. Jugendamtes wonach mit der Veranstaltung einem ausdrücklichen Wunsche der amerikanischen Mission Rechnung getragen wurde, die auf der Veranstaltung einer kleinen Feierlichkeit schon deshalb bestand, um eine Filmaufnahme, die wieder als Propaganda mittel für die Zuführung neuer Spenden nach Amerika gehen soll, machen zu können. Da es wegen der Kürze der Zeit nicht möglich war, einen Kinderchor erst zusammenzustellen, wandte sich das Jugendamt an Frau Bürgerschuldirektor Manussi mit

mit der Bitte, dem ständigen Chor ihrer Schülerinnen bei der Feier mitzuwirken. Was die beanstandete Tiefe der Knixe der Kinder anbelangt, so wird berichtet, dass Direktorin Manussi sie ihren Schülerinnen gewiß nicht für diese Feier sondern anlässlich ähnlicher Festlichkeiten unter den früheren Verhältnissen eingelernt hat und die Kinder es für ihre Pflicht erachteten, den amerikanischen Damen in dieser Form den amerikanischen Damen zu huldigen. Der Bgm. bemerkt hierzu: Es ist Tatsache, dass diese Feier bereits am Sonntag hätte stattfinden sollen und dass am Freitag uns bekannt geworden ist, dass von Seite der amerikanischen Mission von der Veranstaltung einer solchen Feier abgegangen worden ist. Ich habe das als eine Erleichterung gefühlt. Am Samstag ist dann die Nachricht gekommen, dass diese Feier am Montag stattfinden wird und infolgedessen ist im nächsten Augenblick neuerlich an uns herangetreten worden, dass die Feier denn doch stattfinden möge. Ich selbst habe an dieser Feier nicht teilgenommen und kann infolgedessen nicht sagen, welchen Eindruck auf den Ausstehenden hervorrufen mußte. Ich hätte es für besser gehalten, wenn diese Feier nicht in dieser Form durchgeführt worden wäre. Es ist der Anlass zu dieser Aktion ein so ungemein trauriger, dass ich glaube, das das Werk durchgeführt hätte werden können, ohnedass eine solche Feier stattgefunden hätte. Wenn man dennoch den Wunsche der Amerikaner willfährig hat, so aus dem Grunde, weil wir nicht wünschen, dass in irgend einer Weise die Aktion eine unliebsame Störung erfahren könnte. Bitte die Versicherung entgegenzunehmen, dass auch in Zukunft alles getan wird, damit eine Schaustellung des Elends unterlassen wird.

G-R. Dr. Flaschkes und Genossen verweisen in einer Anfrage darauf dass das städt. Jugendamt an das Staatsamt für Verkehrswesen die Mitteilung gerichtet hat, es könnten bei dem am 17. Juni 1919 nach Schweden abgehenden dritten Kinderzug auch Söhne und Töchter von Staatsbeamten christlicher Religion berücksichtigt werden. Das städt. Jugendamt heißt es in der Anfrage weiter - hat somit offenbar bei einer durch den Krieg gebotenen Wohlfahrtseinrichtung vorgeschrieben, dass dabei Kinder jüdischer Religion nicht in Betracht kommen dürfen. Wir wissen sehr wohl, dass auch bisher die Praxis dahin ging, jüdische Kinder von solchen Wohlfahrtseinrichtungen auszuschließen, wie ja das bisherige System sogar bei äußerlicher Einhaltung der Staatsgrund-Gesetze die Juden als Bürger niederster Klasse behandelt und entrechtet hat. Das jedoch die Missachtung aller Grund-sätze der Gerechtigkeit unverblümt zum Ausdruck kommt, wie bei diesen „Judenreinen“ Kinderfürsorgeunternehmen, ist auch in der Verwaltung der Stadt Wien eine ziemlich seltene Erscheinung. Die Interpellanten stellen daher die Anfrage: Was gedenken Herr Bürgermeister zu tun, damit diese Ungerechtigkeit behoben und die Wiederholung derartiger Fälle ein für alle Mal unmöglich gemacht wird?

Bgm. Reumann verliest einen Bericht des städt. Jugendamtes, wonach die Hilfsaktion des Schwedischen roten Kreuzes vom st. Jugendamte, sondern vom Verein „Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder“ nach einem mit dem Staatsamte für Volksgesundheit getroffenen Uebereinkommen durchgeführt wird. Der Verein selbst ist an die genauen Weisungen der deutschen Wohlfahrtsstelle in Berlin gebunden. In den Schreib-ben der Berliner Wohlfahrtsstelle heißt es wörtlich: „... über ausdrücklichen Wunsch der schwedischen Gastgeber nur tröstliche Kinder...“. Der unverbildete Vorwurf der in der vorliegenden Anfrage gelegen ist, entbehrt daher jeder Grundlage und Beachtung. Das st. Jugendamt hat nie Unterschiede in confessioneller Hinsicht gemacht. Bei den Schweizer Hilfsaktionen hat es jüdische Kinder stets in dem dem Ausmaß berücksichtigt; als dies von den betreffenden Komitees gewünscht wurde. So wurden auch bei der Aktion Kinder nach St. Gallen, deren Leitung in den Händen des katholischen Volksvereines in St. Gallen liegt, mehr als 100 jüdische Kinder für einen Erholungsurlaub in der Schweiz untergebracht.

Der Bürgermeister bemerkt hierzu: Ich werde noch weitere Erhebungen pflegen lassen, damit ich sehe, ob das in der Tat sich so verhält.

2
GR. Kerner interpelliert wegen der Durchführung des Gemeinderatsbeschlusses betreffend den Bau der Strassenbahnlinie durch die Krottenbachstrasse bis Neustift am Walde und fragt ob mit der Inbetriebsetzung dieser Linie noch im Jahre 1919/20 zu rechnen ist.

BM. Reumann: Die Erbauung der Strassenbahnlinie durch die Krottenbachstrasse wurde mit Stadtratsbeschluss vom 5. August 1915 genehmigt. Der Beginn des Baues ist jedoch von der Erfüllung dreier Bedingungen abhängig: 1. von der Parzellierung der ehemals Obersteinerischen Gründe zwischen der Billroth- und Cottagegasse und der Herstellung des Strassenniveaus längs der genannten Gründe, 2. der Rekonstruktion der Brücke über die Vorortelinie im Zuge der Krottenbachstrasse und 3. von der Lieferung der erforderlichen Oberbaumaterialien. Es ist nun anzunehmen, dass die unter 1 und 3 angeführten Leistungen, deren Erledigung energisch betrieben wird, noch im Jahre 1919 zu einem günstigen Ergebnis führen, so dass voraussichtlich im Frühjahr 1920 mit dem Bau begonnen werden kann.

GR. Schleifer weist darauf hin, dass seit einiger Zeit alle jene in Wien wohnhaften Personen, welche die d.ö. Staatsbürgerschaft erworben haben von den magistratischen Bezirksämtern ihres Wohnbezirkes zwecks Auskunfterteilung vorgeladen werden. Unter diesen befindet sich eine nicht geringe Zahl, die mittlerweile das Heimatsrecht erworben hat, denen an Bezirksamt erklärt wird, dass durch die Erwerbung des Heimatsrechtes die Vorladung hinfällig geworden sei. Er fragt, ob der Bürgermeister bereit sei, die Magistrats-Direktion zu beauftragen, dass in Zukunft solche Vorladungen verzielen werden.

Bgm. Reumann: Bei der grossen Anzahl der Staatsbürgerschaftserklärungen, es sind über 135.000, ist eine fallweise Überprüfung wegen des Heimatsrechtes undurchführbar und es ist unvermeidlich, dass auch Personen zum Amte geladen werden, bezüglich derer die Amtshandlungen mittlerweile gegenstandslos geworden ist. Um nun in Zukunft solche Vorladungen zu vermeiden, wird an die magistratischen Bezirksämter die Weisung erteilt werden, bei künftigen Vorladungen den Vermerk aufzunehmen, dass alle jene Personen den Vorladungen nicht Folge leisten brauchen die das Heimatsrecht bereits erlangt haben.

GR. Jakl fragt, mit Rücksicht auf die Bediensteten der bei der Militärpost in Bosnien angestellt gewesen Personen, die nun in die Heimat zurückkehren werden, ob der Bürgermeister geneigt ist, für diese Familien, 39 an der Zahl die notwendigen Wohnräume in Wien zur Verfügung zu stellen.

Bgm. Reumann: Beim Wohnungsamt sind über 1500 Bewerber vorgemerkt und sind die Aussichten für die Unterbringung dieser die denkbar schlechtesten. Fälle, wie der in der Anfrage erwähnte ereignen sich tagtäglich, erst heute hat gelegentlich einer Verhandlung über das Kriegspital Baumgarten die Staatstah Direktion erklärt, dass sie allein dort mindestens 300 Wohnungen beanspruchen müsse. Das Wohnungsamt wird auch in dem in der Anfrage erwähnten Fall sein Möglichstes tun, irgend ein bestimmtes Versprechen kann aber nicht gegeben werden. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass wir es auch mit einer Reihe von anderen Fällen zu tun haben. Erst heute war bei mir eine Abordnung von früher in Frankreich beschäftigten Personen, die schliesslich und endlich von dort abgewandert sind, weil sie gemeint haben, es werde hier für sie die weitgehendste Vorsorge getroffen werden. Seinerzeit hat sich ein Komitee mit dieser Frage befasst, dieses Komitee ist aber jetzt aufgelöst. Es ist keine Frage, dass auch für diese Zuwanderer vorgesorgt werden muss.

GR. Wimmer interpelliert wegen der unhaltbaren Zustände im Verkehr der Linie „36“ der Strassenbahn nach Nussdorf und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass eine bessere Abwicklung des Verkehrs Platz gräbe.

Bgm. Reumann: Die Interpellation ist im letzten Momente eingereicht worden. Es sind hierüber Erhebungen notwendig und ich werde in der nächsten Sitzung darüber berichten.

GR. Kohl fragt an, ob der Bürgermeister zu veranlassen geneigt sei, dass an Samstagen ab 12 Uhr die Rückfahrtscheine auf der Strassenbahn benützt werden könnten.

Bgm. Reumann verliest einen Bericht der städtischen Strassenbahndirektion, die sich dagegen ausspricht, da es nicht möglich wäre, diese Begünstigung auf industrielle Arbeiter zu beschränken, sondern es müsste füglich die ganze Bevölkerung daran Teil haben, weil es ausgeschlossen ist, die Arbeiter mit besonderen Personenausweise auszustatten, und infolge der stärksten dienstlichen Inanspruchnahme der Mittagszeit dem Schaffner die Möglichkeit benommen wäre, den Berechtigungsausweis zu überprüfen.

GR. Gisela Laferl fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, Schritte zu tun, um den Hausbesitzern und Hausverwaltern klar zu machen, dass der Vorzug eines Fahrstuhl im Hause zu besitzen, nur dann einen Zweck hat, wenn er von den Bedürftigsten, zu denen nebst den Kranken die Hausgehilfinnen gehören, benützt werden kann.

BM. Reumann: Ich halte die Beschwerde für vollkommen gerechtfertigt und möchte von dieser Stelle aus an die Hausbesitzer und Hausverwalter den Appell richten, überkommene Verurteile endlich fallen zu lassen und unseren Mitbürgerinnen, die als Hausgehilfinnen schwere Arbeit leisten, bezüglich der Benützung der Hauseinrichtungen die für alle anderen geltenden Rechte nicht vorzuenthalten. Eine bestimmte Gewalt über die Benützung der Aufzüge steht mir nicht zu Gebot. Aber ich werde den Versuch machen, auf die Hausbesitzer einzuwirken, dass dieser Uebelstand beseitigt wird.

GR. Gabrielle Walter stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt ist, ihre Anträge, betreffend die Aufhebung des Eheverbotes für die weiblichen Angestellten des Arbeiterfürsorgeamtes und für die beim städt. Jugensamte angestellten Fürsorgerinnen, ehestens dem Stadtrate zur Erledigung zuzuweisen.

Bgm. Reumann: Für die Diurnistinnen und Kanzlistinnen des Arbeiterfürsorgeamtes gilt vom 1. Mai d. J. die allgemeine Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien, nach welcher es für männliche und weibliche Angestellte einer dienstlichen Bewilligung zur Verehelichung nicht bedarf. Auch aus diesem Grunde unterblieb auch auf Grund den von Frau G.R. Walter gestellten Anträge wegen Aufhebung des Eheverbotes eine Berichterstattung. Bezüglich der Fürsorgerinnen wird die Direktion des st. Jugensamtes einen gesonderten Bericht erstatten.

GR. Gabrielle Walter fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, die erforderlichen Massnahmen zu veranlassen, dass unter Voraussetzung von gleichen Dienstverhältnissen sätlichen bereits in den Ruhestand getretenen Lehrerinnen dieselben Bezüge zuerkannt werden wie den Lehrern.

BM. Reumann: Eine einseitige Lösung der in Rede stehenden Frage für die Lhrpersonen ist wegen der Rückwirkung auf die Beamten nicht möglich. Es müssten daher sowohl diesbezüglich als auch hinsichtlich der Kosten Erhebungen gepflogen werden.

GR. Rotter fragt unter Bezugnahme auf Zeitungsnachrichten, die besagen, dass der Fahrpreis der Stadtbahn auf 60 k erhöht werden soll und unter Hinweis darauf, dass die Fahrpreisbestimmung Sache der Kommission für Verkehrsanlagen ist, ob der Bürgermeister gewillt ist, darauf zu dringen, dass diese Kommission ehestens zusammentritt.

BM. Reumann: Für die zweimalige Erhöhung der Stadtbahnfahrpreise während des Krieges wurde die Zustimmung der einzelnen Kurien der Kommission für Verkehrsanlagen im schriftlichen Wege eingeholt. Es besteht aber natürlich kein Anstand, zu verlangen, dass die Kommission, die seit Jahren nicht mehr zusammgetreten ist, wieder zu einer Sitzung einberufen wird. Nur müsste vorher die Neuwahl der Vertreter der Gemeinde und des Landes stattfinden. Bisher ist übrigens kein Antrag auf Erhöhung der Stadtbahnfahrpreise an die Gemeindegemeinde gelangt. Ich werde veranlassen, dass bei uns die Wahl bald stattfindet und an den Landtag das gleiche Ansuchen stellen.

GR. Klimeš führt zwei Vorfälle an, in denen Fahrgäste der Strassenbahn, deswegen weil sie „böhmisch“ sprachen, vom Schaffner beanständet wurden, der behauptete, dass nach amtlichen in den Kanzleien ausgehängten Ankündigungen der Ge-

brauch der tschechischen Sprache in der Strassenbahn unzulässig sei und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, diese Fälle untersuchen zu lassen und das Ergebnis der Untersuchung dem Gemeinderate mitzuteilen.

Weiter beklagt sich GR. Klimeš darüber, dass ein Lehrer der Schule 14, Selzergasse gegen die Kinder in roher Weise antitschechisch aufträte und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen und dass sich öffentliche Beamte und Angestellte der Stadt Wien in Ausübung ihres Dienstes stets nationaler Objektivität befleissen. Bezüglich der Anfrage über den Vorfall bei der Strassenbahn gerichtet die Direktion, dass sie von dem Vorfall weder im Dienstweg noch auf andere Weise in Kenntnis gesetzt wurde. Da die Ahfrage selbst keine Anhaltspunkte enthält, ist eine Untersuchung unmöglich. Ich mache darauf aufmerksam, dass solche Anrempelungen bei uns in Wien zu einer Seltenheit gehören (Rufe: Sehr richtig). Man kann nur immer in solchen Fällen an Ort und Stelle Erhebungen pflegen und soll aber auch immer gleich überprüfen, ob die Angaben richtig sind. Ich werde übrigens diese Interpellation zum Gegenstand neuerlicher Erhebungen machen und werde schliesslich und endlich wieder im Gemeinderate Bericht erstatten.

GR. Machet beschwert sich in einer Anfrage über die bei der gestrigen Konstituierung der Bezirksvertretung Brigittenau stattgehabte Wahl des Bezirksvorstehers-Stellvertreters, die auf Grund der grösseren Zahl der am 4. Mai l. J. abgegebenen Stimmen den christlichsozialen zuerkannt wurde. Die vollzogene Wahl soll als ungesetzlich anerkannt und für die Besetzung dieser Funktion eine neue Wahl ausgeschrieben werden.

Bgm. Reumann: Die Interpellation ist mir erst vor Eröffnung der Gemeinderats-Sitzung überreicht worden und hatte ich keine Gelegenheit die Sache zu überprüfen. Ich nehme an, dass die Wahl in gesetzlicher Weise durchgeführt wurde, werde aber dieselbe anlässlich der Bestätigung im Stadtrate überprüfen lassen.

GR. Machet: beschwert sich in einer Anfrage wegen einer unerhörten Beleidigung böhmischer Kinder und Bürger durch ein Mitglied der Wiener Volkwehr auf dem Nordbahnhof.

Bgm. Reumann: Ich lese in der Anfrage, dass die Kinder von einem Mitglied der Wiener Volkwehr beleidigt worden sind. Diese Angelegenheit fällt überhaupt nicht in die Kompetenz des Wiener Gemeinderates. Ich werde diese Interpellation überprüfen lassen, vielleicht entdecke ich etwas, was in der Kompetenz des Gemeinderates fällt. Ich werde dann eventuell berichten.

GR. Jakl stellt den Antrag, den Postbediensteten in Wien die bisher die Möglichkeit hatten, Streckenkarten von ihrem Wohnort zum Dienstort mit 50%iger Ermässigung zu erhalten, diesen die Ermässigung nunmehr auch in der Form zu gewähren, dass die Streckenkarten vom Wohnort zum Dienstort im Dienste ausschliesslich zu verwenden sind.

GR. Skaret beantragt unter Hinweis darauf, dass sich die weitere Verleihung von Salvatormedaillen in Anbetracht der politischen und sozialen Verhältnisse als dem Zeitgeiste widersprechend erweise, der Stadtrat wolle ehestens einen Antrag auf Abschaffung der Salvatormedaille dem Gemeinderate zur Beschlussfassung vorlegen.

GR. Machet beantragt unter jense Korperationen welche aus den amerikanischen Liebesgaben, Zuweisungen erhalten auch das Wiener „Geske sráce“ (böhmisches Herz) aufzunehmen.

GR. Sirotek beantragt auch den Kindern mitteloser Eltern welche die Komenskischule besuchen umsonst Anweisungen für Volksbäder und das Gänsehüfel zur Verfügung zu stellen.

GR. Reiska beantragt dem Zentralverbände tschechischer Arbeiternvereine von der Gemeinde Säckelpätze für tschechische Schulkinder zur Verfügung zu stellen.

GR. Froheska beantragt aus Anlass des Schandund Gewaltfriedens werde der Bürgermeister ersucht eine Trauerkundgebung von mächtigem Eindrucke in die Wege zu leiten. Aus allen städtischen Gebäuden sind die Trauerfahnen zu hissen und die Wiener Hausherrn sind zu veranlassen ihre Häuser mit Trauerfahnen zu beflaggen.

Die Anträge werden der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten V. B. Winter übernimmt den Vorsitz.

Bgm. Reumann legt den Entwurf der Satzungen für das Jugendheim in Ober-Hollabrunn vor und beantragt die Genehmigung mit Weglassung der Bestimmungen über die Prügelstrafe.

G.R. Dr. Furtmüller Aline begrüßt die Streichung des Punktes betreffend die Prügelstrafe und beantragt die Einschaltung eines Passuses indem es heißt, dass es anzustreben ist, dass jede körperliche Züchtigung unterbleiben soll.

G.R. Rummelhardt bezeichnet den Satzungsentwurf als lückenhaft und betont, dass ein seinerzeit von ihm gestellter Antrag der die Gefahr der Bürokratisierung beseitigen soll bis heute darin nicht aufgenommen wurde. Er tritt für die Einsetzung eines Fachbeirates bestehend aus Lehrern und Lehrerinnen, dem städt. Jugensamt ein. Er betont, dass es auch notwendig sein in den Satzungsentwurf den Passus von der sittlich-religiösen Erziehung der Fürsorge bedürftigen Jugend aufzunehmen. (Beifall der Christlichsozialen.)
Notwendig sei bei der Aufnahme eines Fürsorgezöglings unbedingt die Befragung des Bezirksschulrates, wie überhaupt die Fühlungnahme zwischen Jugendamt und Bezirksschulrat eine innige sein soll. Was die Züchtigung anbelangt, schließt sich Redner den Ausführungen der Vorsprecherin an. Er wünscht auch, dass das Jugendheim in Ober-Hollabrunn nicht so feuerlich eröffnet werden soll, wie die Aussperrung im Augarten, die in einer Zeit stattfand, in der die Kinder ganz entkräftet sind. Die Kinder müsten dort zwei Stunden in der Sonne auf das von den Amerikanern geschenkte Essen warten. Die Kinder haben getanzt vor den Gräbern der Republik. (Zwischenruf bei den Christlichsozialen: Wie früher! Rufe bei den Sozialdemokraten: Manussi.) Wenn früher Feste aufgeführt wurden, so waren die Kinder gut genährt und gut angezogen. Wenn die Zwischenrufer auf die Direktorin Manussi hinweisen, so meint der Redner habe sich noch heute nichts geändert, ausser der Farbe der Wimpel. Die neue Zeit habe nicht viel Neuerungen gebracht. Sie habe nur gebracht, das die Kinder von heute Kinder des Elendes sind. (G.R. Kunschak: Nicht einmal zu einem Manussi haben Sie es gebracht.)

GRin Marie Kramer: Ich möchte mich gegen die sittlich-religiöse Erziehung wenden. Moral und Ethik ist etwas was mit der Religion gar nichts zu tun hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten und Widerspruch bei den Christlichsozialen. -GR. Rummelhardt: Eine Lehrerin sagt so etwas!) Vertrauen Sie mir die Kinder an und ich verspreche Ihnen, ich werde alle Kinder ohne Religion und ohne Katecheten zu moralischen Menschen erziehen. Wie kommt es, dass in der Schweiz und anderen Staaten es konfessionslose Schule gibt und die Kinder auch dort keine Einbrecher und Diebe sind. Religion ist eine Gefühlsangelegenheit, die im Herzen ist, aber mit der Ethik nichts zu tun hat. Bringen Sie den Kindern Religion bei, wo Sie wollen, aber Sie werden mir nicht weis machen wollen, dass man sie braucht. (GR. Rummelhardt: Setzen Sie etwas besseres an Stelle der Religion!) Ich kenne genug Konfessionslose, die auch anständige Menschen sind. Wenn man jemand ein Schreckbild von der Hölle vormacht, ist das keine Sittlichkeit, sondern eine Angst, die man den Leuten einjagt. Warum haben gerade so viele von den religiösen und frommen die Nächstenliebe so mit Füßen getreten, dass sie zum Kriege gehetzt haben, warum hat man in den religiösen Schulen für Kriegszwecke gesammelt? (Lebhafte Zwischenrufe rechts). Man hat die Kinder an den Tagen der sogenannten Siege im Turnsaale versammelt und hoch schreiben lassen dafür, dass draussen tausende sterben mussten. (Zwischenrufe). Man hat Messen gelesen dafür, dass man draussen gemordet hat. (GR. Feldmann: Wie schaut denn der Friede aus, denn Sie uns von der Internationale versprochen haben?) Man hat in der Schule in der Religionsstunde die Nächstenliebe gepredigt und hinterher Gedicht verbreitet, in denen gejubelt wurde, dass Tausende Russen in den Sümpfen zugrunde gegangen sind. Der liebe Gott hat nicht gehindert, dass die Hunderttausende draussen gestorben sind, obwohl die anwesenden Christlichsozialen und die anderen, die den Krieg gemacht haben (schallendes Gelächter bei den Christlichsozialen) sittlich-religiös erzogen wurden sind (Neuerliche Heiterkeit und Zwischenrufe bei den

Christlichsozialen). Die Religion ist eine zu zarte Herzenssache; weil sie Ihnen allen so heilig und wertvoll ist, sollte man sie nicht ausnützen, zu einem Politikum, zu einem Zuchtmitel. Alles was mit Zwang verbunden ist, ist schädlich. Wir wenden uns auch absolut gegen die Schaustellungen der Kinder. (Gegenrufe: Ihr habt sieja eingeladen.) Die Direktorin Manussi hat ein Ballet aus ihrer Schule gemacht. Gerade das Jugendamt hat die Manussi beigezogen. Warum hat man keine andere Persönlichkeit gehabt? (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen, Beifall bei den Sozialdemokraten).

Frau G.R. Strobl hält die jetzige Zeit nicht für den richtigen Augenblick, dass sich die Volksgenossen gegenseitig Vorwürfe machen, eine Zeit in der wir alle gemeinsam an den schwersten das uns bevorsteht tragen müssen. Die sittlich-religiöse Erziehung zeigt das einzige was das Kinde als Muttererbe als Eigen nenne. Die Fürsorgeerziehung soll die Muttererziehung ersetzen. Wenn hier darüber geklagt wird, dass trotz der sittlich-religiösen Erziehung die Kinder verwhorren so sei dies darauf zurückzuführen, dass das Elternhaus in diametralen Gegensatz zu den Lehren der Schule stehe. Wenn die Kinder zu Hause von Gott und Religion abfällig reden hören, dann könne auch die sittlich-religiöse Erziehung nicht viel erreichen. Es sei kein Beweis der Liebe zu den Kind, wenn die religiösen Gefühle ihm genommen werden. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GRin Adelheid Popp: In dem Augenblick, indem Fra GR. Strobl ihre Rede beendet hat, erhalte ich eine Zeitung, es ist ein christliches Wochenblatt für die Interessen des 9. Bezirkes. Nur beim bloßen Durchschauen flösst es mir grosse Entrüstung ein, wie darin über Menschen gesprochen wird und deren Urgerichte (GR. Machat: Sie machen eine schöne Reklame für die Christlichsoziale Partei. GR. Rummelhardt: das gehört nicht zu den Ausführungen im Referat.) Es entspinnt sich nun zwischen den beiden grossen Parteien eine längere Debatte, die trotz der wiederholten Ermahnungen zur Ruhe und trotz der wiederholten Aufforderung der Ruhe seitens des Vorsitzenden Vize-Bgm. inter minutenlange andauert. Die Rednerin setzt dann fort: Ich kann eine wirklich tiefempfundene Religion begreifen, ich würde es aber für keine Religion halten, sondern für eine Heuchelei, wenn ich zugeben wollte, dass ~~es~~ die Religion von Ethik und Moral getragen sein müsste. Daher sage ich, ~~was~~ ich auf den Bogen der moralisch-ethischen Erziehung stehe und wenn jemand meint, dass Religion dabei sein müsse, so ist das jedermanns freie Sache. Ich werde nie meine Hand dazu bieten, jemand dieses Recht mit Gewalt zu verwehren. Die Grundlage jeder Erziehung ist die moralisch-ethische, ohne dass Sie das Bekenntnis nach ~~ir~~ irgend einer Religion nach sich zieht. Und wenn von Frau GR. Strobl gemeint wurde, dass alle Religion nichts nütze, wenn zuhause das nicht ergänzt wird, so bin ich ganz ihrer Meinung. Religion ist aber eine Privatsache für sich, über die jeder Mensch entscheiden kann wie er will. Aber jedes Kind soll so erzogen werden, dass es den Nächsten so ehrt wie sich selbst und das Gut des Nächsten so betrachtet, wie sein Eigentum. Es hindert aber auch die tiefste und ausgeprägteste religiöse Erziehung nicht Kinder zu Egoisten zu erziehen, dass sie gromm werden und dabei trotzdem von einem Verbrechen in das andere taumeln. Ich komme nun zum Jugendheim in Ober-Hollabrunn zurück. Ich stehe selbstverständlich auf dem Standpunkt, dass die Prügelstrafe in die Rumpelkammer der Vergangenheit gehört und halte es für ausgeschlossen schon aus pädagogischen Gründen, dass die Prügelstrafe noch nie moralisch volle Menschen gemacht hat. Ich bin selbstverständlich der Meinung, dass die Erziehungsmethode verbessert werden muss, damit die Kinder auf Wege geführt werden, die von der Wirklichkeit nicht abweichen. Es muss eine Erziehungsmethode eingeführt werden, die den Verständnis des Kindes angepasst ist, und geeignet ist, nicht aus Erweckung von Furcht und Angst, sondern aus Ueberzeugung die Kinder zu tüchtigen moralisch hochwertigen Menschen zu machen. Die Drohung mit der Hölle muss aufhören.

G.R. Dr. Danneberg beantragt Schluss der Debatte. Angenommen.
G.R. Dr. Alma Seitz betont, dass es ein Missverständnis sei, dass Redner ihrer Partei für eine religiöse Erziehung ohne Moral eintreten. Sie weist auf Aenderungen sozialistischer Führer hin, die sagen, dass die Gottheit des neuen Geschlechtes die Menschheit selber sein soll. Dieser Gedanke sei bei näherer Betrachtung nicht haltbar, weil die Menschen nie selbst sein können zu dem sie als Gottheit aufschauen können. Die Grundlage des Christentums ist die Nächstenliebe, der Mensch müsse das Privateigentum schätzen, aber mit der sozialistischen Weltanschauung kann man das den Kindern nicht einreden. (G.R. Forstner: Was ist berechtigtes Eigentum? das was vor vielen Jahren gestohlen wurde.) Ein Eigentum ist auch dann zu Recht bestehend, wenn es vom Vater erworben wurde. Auch das seeliche Eigentum des Menschen müsse gewahrt werden und freie Liebe und freie Ehe werden nur Unfrieden stiften. Sie selbst haben die Früchte ihrer Erziehung auf allen Seiten zu fürchten (Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig! Denkt an Rosa Luxemburg und Liebknecht, dann habt ihr von Eurer Ethik genug.)
Rednerin steht auf den Standpunkt, dass die Menschheit etwas Unvollkommenes ist, Sie begrüßt es, dass Kollegin Popp sich bemüht hat, tollernot zu sein entgegen dem tschechischen Gemeinderate, der sich nicht entblödet hat ihr gegenüber das Kreuzzeiche zu machen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Die Tschechen haben hier überhaupt nichts zu reden. Sie selbst sind die größten Untdrücker die es gibt.)
Rednerin fordert im Interesse unserer verkommenen Jugend eine sittlich-religiöse Erziehung, wenn Sie die nicht billigen, dann werden Sie die Früchte ihrer Erziehung selber tragen.

4

G.R. Speiser: Auch uns erscheint das Reichsvolksschulgesetz nicht als der Endpunkt der Entwicklung; wir wünschen vielmehr, dass es insbesondere in den Erziehungsgrundlagen von einem modernen in die heutige Zeit passenden Gesetz überholt wird. Der Gegensatz zwischen Ihnen und uns liegt in der Auffassung der hier von beiden Seiten Ausdruck gegeben worden ist, dass Sie sich eine sittliche Erziehung nur auf religiöser Grundlage denken können, während wir eine sittliche Erziehung auch ohne religiöse Grundlage für möglich halten. Wenn Sie sagen, der Mensch braucht Religion und Autoritäten haben so klafft auch hier ein tiefer Gegensatz. Sie wollen die Erziehung auf Religion und Autorität gründen, wir auf Freiheit, auf Gewöhnung an das Gute, an dem Aufzug der Menschen unter natürlichen Bedingungen. Es gibt tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. In einem können wir uns vereinigen, dass ist die Ausgestaltung des Erziehungs- und Schulwesens, die abgesehen von diesem Gebiete Gutes und Schönes schafft. Wir stellen uns wie sie mit dem Grundsatz zufrieden: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, und wir können uns auch das Wort Christianisieren: Lasset die Kleinen zu mir kommen. Das Trennende werden wir auskämpfen müssen, im Gemeinsamen lassen sie uns zusammenarbeiten. (Beifall.)

Bgm. Reumann sagt in seinem Schlusswort: Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß sie mir Gelegenheit zum Studium über zwei Weltanschauungen gegeben haben. Wir sind von Fürsorgeheim in Ober-Hollabrunn zur materialistischen Geschichtsauffassung gekommen. Die Debatte hat nicht dazu beigetragen, daß die schaffenden Kräfte der christlichen Religion etwa so weitgehenden seien, wie so manche Redner die für die sittlich-religiöse Erziehung gesprochen haben, zu meinen scheinen. Der Bürgermeister spricht sich schließlich für die Ablehnung des Antrages Rummelhardt betreffend die sittlich-religiöse Erziehung und die Aufnahme mit Zustimmung des Bezirksschulrates aus ebenso auf Ablehnung des Antrages der Frau G.R. Dr. Furtaüller betreffend die körperliche Züchtigung und beantragt den Passus über die körperliche Züchtigung aus den vorliegenden Satzungen zu entfernen und diesen Gedanke vollständig auszustoßen. Gegen den zweiten Antrag Rummelhardt betreffend Fühlungnahme des Jugendamtes mit Schule und Lehrerschaft erhebt der Bürgermeister keine Einwendung.

Frau G.R. Dr. Furtaüller zieht ihren Antrag zurück. Bei der Abstimmung werden die Satzungen mit der vom Referenten beantragten Auslassung des Passus über die körperliche Züchtigung angenommen.

Der Antrag Rummelhardt, betreffend die sittlich-religiöse Erziehung wird abgelehnt. Der zweite Antrag Rummelhardt wird genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Ein Antrag des Bürgermeisters Reumann wegen Ankauf eines Personenautos für das städtische Jugendamt wird genehmigt.

Bgm. Reumann beantragt für den Verein „Erste Kindertewahranstalt des 10. Bezirkes und I. Knabenhort in Wien eine außerordentliche Subvention von K 10.000 für das Jahr 1918/19 zu bewilligen. Der Verein erstreckt seine Tätigkeit auf zirka 2000 Kinder, der Referent meint, man könne über die Tätigkeit des Vereines urteilen wie man wolle, aber eine Störung des Betriebes könne nicht eintreten.

GR. Dr. Kienböck erinnert daran, dass noch eine ganze Reihe von Subventionsansuchen unerledigt ist und dass das Komitee, dass sich mit der Prüfung dieser Angelegenheit befassen sollte, nicht gearbeitet hat, da Vize-Bürgermeister Winterkrank war. Redner wünscht, dass auch die Gesuche dieser Vereine erledigt werden.

Vize-Bgm. Winter: Ich bin seit Samstag wieder arbeitsfähig und werde natürlich trachten, diese Arbeiten so rasch als möglich einer Erledigung zuzuführen.

GR. Findenigg spricht sich für die Unterstützung der Vereine aus und wünscht auch eine entsprechende Berücksichtigung des Jugendspielvereines des III. Bezirkes.

Bgm. Reumann erklärt, dass die Arbeiten betreffend die noch nicht erledigten Subventionsgesuche in der aller-nächsten Zeit werden erledigt werden. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

GR. Breitner berichtet über die Gaspreiserhöhung und beantragt die Annahme der diesbezüglichen Stadtratsanträge. In seinem Exposé über die Notwendigkeit der Erhöhung führt der Referent aus, dass die Steigerung der Kohlenpreise heute das Zehnfache ausmache und Gehalte und Löhne um das neunviertel-fache gestiegen sind. Da das allgemeine Budget derart trostlos ist, dass unmöglich zu den bereits hohen Defizit ein weiteres angehängt werde, so sei nur die Erhöhung der Gaspreise um das dreifache der einzige Weg. Die Anträge nehmen auch Rücksicht auf eine Reihe von Konsumenten, welche unter den derzeitigen Verhältnissen Rücksicht verdienen, so die Bäcker, die Selcher, die nur in dem Ausmass Heizgas bezahlen, als in den gewährten Gesteuerungskosten einkalkuliert sind. Auch wertvolle Kontrahenten finden entsprechendes Entgegenkommen. Neu ist der Punkt 3 der Anträge, in denen der Konsument an dem Steigen und Fallen der Kohlenpreise teilnimmt.

GR. Kunschak: Namens meiner Vereinigung würde ich das Präsidium bitten, es nicht zum Usus werden zu lassen, dass so wichtige und tief in die Bevölkerung einschneidende Vorlagen in einer Art und Weise ihre Erledigung finden, die mit dem Ernst der Sache nicht im Einklang gebracht werden kann. Ueber diese neuerliche schwere Belastung der Bevölkerung haben wir die Vorlage erst heute gerade vor der Sitzung (Zwischenrufe manche gar nicht) zugestellt bekommen. In solchen Fragen ist es oft notwendig, dass sich der Klub einer Partei für die einzunehmende Stellung berät, was bei diesem Vorgang unmöglich gewesen ist. Ich kenne nicht die Gründe, dass man über Nacht einen Beschluss im Gemeinderate vorbereitet, will auch darauf nicht weiter eingehen, möchte aber dringlichst bitten, in Hinblick einen solchen Vorgang nicht einzuhalten, damit die Gemeinderäte nicht wieder in die gleiche Lage kommen. In der Sache selbst beantrage ich, dass der Absatz 3 der Vorlage, welcher die automatische Erhöhung des Gaspreises bei steigender Kohlenpreise und bei Verbilligung derselben eine Herabsetzung der Preise vorsieht, aus der Vorlage gestrichen wird. Es geht nicht an, dass der Gemeinderat eine Blankowechsel ausstellt. Wenn sich der Fall einer Erhöhung einstellen sollte, so ist es Pflicht des Präsidiums wieder an den Gemeinderat heranzutreten und ihm eine neue Erhöhung vorzuschlagen. Im umgekehrten Falle wird sich das Präsidium hoffentlich nicht lange besinnen, sondern werde bereit sein, im Gemeinderat für eine Verbilligung einzutreten.

GR. Reg.-Rat Schmid führt aus, dass die Gaswerke seinerzeit sehr bekämpft wurden, dass es sich aber gezeigt habe, dass sie viele Millionen an die Kassen der Stadt Wien abgeführt haben. Aus den Betriebseinnahmen konnten sogar manche Investitionen bestritten werden. Der Gemeindefiskus habe rund 123 Millionen Kronen aus den Gaswerken gezogen. Das laufende Geschäftsjahr weise nun einen Abgang von 33½ Millionen Kronen auf, der sich im kommenden auf 77 Millionen Kronen steigern wird. Die Ursachen seien im Krieg und seinen Folgen mit Preissteigerungen verschiedenster Art zu suchen. Das Unternehmen ist passiv geworden und eine Deckung des Defizits muss gedacht werden. Es gibt kein anderes Mittel als die Erhöhung der Gaspreise. Aber die Form der Erhöhung ist nicht die richtige. 67½ Millionen Kronen will man auf einmal beseitigen und den kleineren Rest in 5 Jahren. Die Beseitigung des Defizites soll in einer so wesentlichen Art erfolgen, dass man fürchten müsse, dass die Bevölkerung zusammenbricht. Es wäre besser das Gesamtdefizit von 100 Millionen Kronen zur Beseitigung auf einen längeren Zeitraum zu erstrecken und in jedem Jahre einen entsprechenden Teil zu decken. Würde dieser Zeitraum

mit drei Jahren festgesetzt, so würde die Erhöhung pro Kubikmeter Gas 23 Heller betragen, der Kubikmeter würde also 50 Heller kosten. Dann solle man auch daran denken, einen Teil des Defizites aus den Nebenprodukten, Teer, Toluol, Leuchtöl, u.s.w. Redner stellt entsprechende Anträge.

GR. Roth bespricht die Wirkungen der Gaspreiserhöhungen auf die Mieter, die dadurch einen Mietzinssteigerung ausgesetzt werden und betont, dass die Schuld der Preissteigerung nicht die Hausherrn treffen könne, die während des Krieges die ungeschonten waren, so dass sich dreiviertel der Häuser heute in einem Defizite befinden und keine Verzinsung aufweisen. Wenn man grosse Unternehmungen von Preissteigerungen schützte, so solle man die Hausherrn unter die Begünstigten rechnen und ihnen billigere Preise machen.

GR. David beantragt Schluss der Debatte. Angenommen. Nach einem Antrage des G.R. Boermann wird die Wahl von Generalredner geschlossen.

G.R. Täubler (Generalredner pro): Gegenüber der Erhöhung des Kohlenpreises um das neunfache unter Steigerung der Löhne fast um das neunfache wird die Erhöhung des Gaspreises um das dreifache beantragt. Es muß ferner darauf hingewiesen werden dass ja nicht alle Leute in Wien Gas brennen, dass jene Leute welche auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind, dieses um den Preis von 6 bis 8 Kronen per Liter im Schleichhandel erwerben müssen. Das Gas wird aber

5
auch vielfach zu Heizwecken benötigt. Unter dreifacher Erhöhung des Gaspreises auch für diese Zwecke für die zehnfache Erhöhung der Brennstoffe gegenüber... das Defizit das bis zum Schlusse des halben Jahres eintritt hätten sie bereits Vorkehrungen treffen sollen, durch entsprechende Regulierung der Preise, sie haben uns jedoch dieses Defizit als Erbe hinterlassen. Herr G.R. Schmid, beantragt nur ein Drittel des Defizits durch die Erhöhung des Gaspreises zu decken, den Rest auf das nächste Jahr zu verteilen. Das heißt mit andern Worten, wir müssen ein Anlehen von 67 Millionen Kronen aufnehmen und die Zinsen dieses Anlehens tragen. Nicht bloß die Gasabnehmer, sondern die gesamte

Bevölkerung. Es ist wohl unzulässig, dass die Gasabnehmer das Gas unter dem Selbstkostenpreise beziehen, und das Defizit alle tragen müssen auch jene, welche die erhöhten Petroleumpreise zahlen müssen. Wenn Herr G.R. Feldmann den Zwischenruf macht, dass zu wenig Zeit gewesen sei um die Vorlage zu prüfen, so muß darauf erwidert werden, dass doch jeder schon längst wußte, wie es mit den Gaswerk steht und Gas es Pflicht eines Jeden ist hier einen Ausweg zu suchen. Die christlichsoziale Partei brüstet sich immer mit den großen Werken die sie geschaffen, verschweigt aber, dass an den Zinsen der Anlehen welche sie aufgenommen hat noch unsere Kindeskiner zu zahlen haben werden. An den für das städt. Gaswerk aufgewendeten Schulden sind noch für 70 Jahre hindurch die Zinsen und die Annuitäten zu zahlen (Zwischenruf: Das bezahlen ja die Gaswerke.) Nein das bezahlen wir aus den Erträgen der Gaswerke.

Der Redner wendet sich sodan gegen die Ausführung des G.R. Roth. Wenn die Hausherren eine Zahlung leisten sollen, so trachten sie diese stets auf andere abzuwälzen. Die ganze Bevölkerung muß Opfer bringen, es müssen sich auch die Hausherren zu solche bequemen.

In einer Zeit, in der die Bevölkerung sich in grossem Elende befindet, müssen auch die Hausherren dazu beitragen, das Elend zu mindern. Auch sie müssen für das Gas das entsprechende entrichten. Ich erkläre, dass wir mit vollem Bewusstsein für diese Vorlage stimmen, weil sie für die Bevölkerung notwendig ist. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das werden wir uns merken!) Die Bevölkerung wird einsehen, dass die Mittel von denjenigen, die Gas beziehen, werden getragen müssen und sie wird einsehen, dass die Gemeinde, indem sie den Gaspreis verdreifacht, die Bevölkerung nicht bedrückt, sondern nur das Unvermeidliche tut. Wenn sie das Defizit durch Anlehen decken wollen, so müssen sie die Bevölkerung zwingen, so aber wird kein Zwang ausgeübt. (Gelächter bei den Christlichsozialen.) Wenn jemand zu dem Schlusse kommt dass er mit Petroleum leichter beleuchtet und mit Kohle leichter heizt, so wird er auf das Gas verzichten (Rufe bei den Christlichsozialen: Geben Sie ihnen Kohle und Petroleum.) G.R. Roth ruft: Steinhoff! Wenn er das nicht tut, dann ist der Beweis erbracht, dass der Bevölkerung das Gas lieber ist und billiger kommt, als wie das andere. (Gelächter und ironische Bräutur bei den Christlichsozialen und Rufe bei den Sozialdemokraten: Das sind die Hausherren!)

G.R. Kunschak: Das ist der grösste Stumpf sinn und der brutalste Kapitalistenstandpunkt der Bevölkerung zu sagen, sie soll kein Gas nehmen, wenn es ihr zu teuer ist.

G.R. Anagnostas: (Generalredner kontra.) Wenn ich mich an die Szenen erinnere, die die seinerzeitige Minderheit, die heute Mehrheit ist, vom Stapel gelassen hat, als wir die Gaspreise um ein bis 2 Heller erhöhten, muss ich mich fragen, wo sie den Mut hernehmen, mit einer so exorbitant hohen Erhöhung vor die Bevölkerung hinzutreten, von der Sie seinerzeit behauptet haben, dass sie eine Erhöhung von 1 bis 2 Heller nicht zu tragen imstande sei. Es ist uns damals gesagt worden, wir wagen die Bevölkerung zu belasten in einer Zeit, wo sie schon am Bettelstab ist, man hat von der Lunte gesprochen, die wir an das Pulverfass legen und hat gesagt, dass eine derartige Erhöhung nicht nur dem Bourgeois, sondern den Armen der Armen trifft, weil die Arbeiterschaft draussen in den Vororten auf das Automaten gas angewiesen ist. Ich glaube nicht, dass sich die wirtschaftliche Lage der Wiener Bevölkerung heute so zu ihren Gunsten verändert hat, dass sie eine Erhöhung um 52 Heller pro Kubikmeter vertragen kann, während sie damals noch ihrer Aussage nicht einmal eine Erhöhung von ein bis zwei Heller ertragen konnte. Es wurde uns immer der

phiskalische Standpunkt vorgeworfen, weil die Erhöhungen nicht mit Heller und Pfennig mit der jeweiligen Ausgabe in Einklang gebracht wurde, sondern wir auch ein gewisses Reinertragnis im Auge behalten haben. Der Direktor der Gaswerke selbst gesagt, dass noch im vorigen November die Gaswerke aktiv waren und einen gewissen Reinertrag hatten. Erst in der Zeit der sozialistischen Republik sind die Gaswerke in eine solche Lage gekommen. Die hohen Kohlenpreise verdanken wir dem Umstande, dass die Kohlenbezugsquellen im Ausland gekommen sind durch den Zerfall der Monarchie, der eine Lieblingsidee sind. Eine weitere Ursache ist in der Erhöhung der Gehalte und Löhne zu suchen, die vorgenommen werden musste, weil die Teuerung gerade in der Zeit der deutschösterreichischen Republik eine solche Höhe angenommen hat, dass mit den früheren Bezügen kein Auskommen mehr zu finden gewesen ist. Auch das ist auf Ihr Konto zu buchen. Sie haben der Bevölkerung goldene Berge versprochen in dem Augenblick, wo die alten Verhältnisse verschwunden sein werden und das Volk zum Volke sprechen wird. Sie haben vor allem der Bevölkerung gesagt, dass in dem Augenblick, wo wir einen Frieden unter jeder Bedingung annehmen, die Entente sofort den Boikott aufheben, sofort die Lebensmittel in entsprechenden Mengen und Preisen hereinkommen werden, Rohstoffe kommen werden, Arbeitsmöglichkeit da sein wird, das Elend des Krieges in raschem Abnehmen begriffen sein wird. Von allen diesen Versprechungen ist nichts eingetroffen. Der Vorredner hat gemeint, dass es ganz verfehlt wäre, wenn wir das Defizit von 67,518.920 Kronen nicht auf einmal, sondern in Verteilung auf drei Jahre decken würden. Derselbe Antrag wird von Ihnen gestellt bezüglich des zweiten Teil per 32, 500.000 K, nur mit dem Unterschiede, dass Sie sich sogar mit einer Verteilung auf 5 Jahre abfinden wollen. Wenn es für diesen Teil möglich ist, sehe ich nicht ein, warum es nicht für den ganzen Teil möglich sein soll. Ausserdem wurde von uns der Antrag gestellt, dass durch Erhöhung des Preises für Nebenprodukte ein Teil des Defizites gedeckt werden könnte, doch wurde dieser Antrag von Ihnen ab-

Nun will ich dartun was die Trühere Marjorjat hinterlassen hat: Wir haben 97 Millionen investiert, denen heute an Buchwert 128 Millionen gegenüber steht, kein für die Gemeinde schlechtes Geschäft. Ich bitte aber auch über das Defizit klar zu werden. Wir sprechen von einem Subsidium von 67 Millionen. In Wirklichkeit ist es aber nicht so gross, denn wir haben ja die gesamte öffentliche Beleuchtung umsonst, was nicht ins Kalküle gezogen ist. Wenn wir diese bezahlen müssten, wäre das Defizit bedeutend geringer.

Nun frage ich, wie es möglich ist, wenn Sie solche hohe Preise für das Gas machen, dieses Unternehmen allen nützen kann. Wir kommen nun auf die Behauptung des Vorredners zu sprechen, dass niemand gezwungen ist Gas zu benutzen, wenn er nicht ein Preis für Gas bezahlen will. Dabei will ich nur feststellen, dass es nicht wahr ist, dass niemand gezwungen ist Gas zu gebrauchen, denn wir sind alle dazu gezwungen, weil ein anderer Ausweg unmöglich ist. Nun komme ich zur Fixangestellten, d.h. Manuellen sowie der Geistigen, da erinnere ich mich, dass es gerade der Herr Berichterstatter selbst gewesen ist, der in einer großen Versammlung in Zirkus Inzen sagte, dass Lohnerhöhungen und Gehaltsregulierungen nie so gemacht werden dürfen, dass das mit der einen Hand Gegebene mit der anderen gleichzeitig genommen werde. Ich bewundere die Verwankungskunst des Herrn Referenten, der dafür eintrat, dass den Beamten und Arbeitern die Regulierung Ihrer Bezüge deshalb gemacht werden, um Ruhe hereinzubringen; aber gleichzeitig, ich wundere mich, wie er den Arbeitern und Beamten zumuten kann, dass sie nun statt 18 K=54 Kronen monatlich zahlen sollen. Die Folge von den verschiedenen Erhöhungen wird aber die sein, dass alle die wir mit Mühe und Not durch die Regelung ihrer Löhne in die Höhe gebracht haben darauf hinweisen werden, dass diese Regulierung ins Auge gefasst wurde unter Beibehaltung jener Verhältnisse, wie sie zur Zeit der Gewährung derselben bestanden habe. Die Lohnregulierung der Angestellten der Gemeinde Wien ist also ab absurdum geführt und auch die übrigen Angestellten des Staates, des Landes und der Privatunternehmungen werden darauf kommen, dass auch ihre Lohnregulierungen wertlos sind und sie nicht imstande sind allein die jetzigen Kosten zu tragen. (Zwischenruf des G.R. Porstner:

Wie sollen wir denn machen?) Ich gebe ihnen jetzt die Antwort die sie uns immer geben: Es ist nicht unsere Sache zerbrechen Sie sich Ihre Köpfe. Wir tun das aber nicht sondern haben ihnen einen ausdrück Antrag gestellt. (G.R. Jorde ruft dazwischen: Hättet ihr uns nicht in eine solche Wirtschaft gebracht mit eurer Kriegspolitik.) Durch ein solches Vorgehen wie es die jetzige Mehrheit bei den Unternehmungen, an den Tag legt, führen sie selbst den Sozialisierungsgedanken ad absurdum.

Solange wir diese Unternehmungen hatten, hatten wir ein Reinertragnis für die Allgemeinheit und einen billigen Tarif. Das war eine gesunde Sozialisierung, sie gehen dem Abgrund entgegen. Zum Schluss erlaube ich mir den Antrag zu stellen, wenigstens den Produktivgenossenschaften der Gewerbe und Arbeiter, welche motorische Kraftanlagen haben durch eine Herabsetzung der Gaspreise die Existenzmöglichkeit zu geben und für diese bloß eine Erhöhung von 50 % eintreten zu lassen. Ich schliesse mit den Worten, dass wir uns für diese enorme Erhöhung nicht einsetzen können, im Gegenteil auf unseren Antrag auf 50 % bestehen.

G.R. Breitner in diesem Plätzchen erwähnt, dass die Debatte auf das politische Gebiet geführt habe und er müsse dabei seiner Verwunderung Ausdruck geben, dass in einem solchen Grade der Bevölkerung geglaubt wird. Den Krieg, den Sie gesegnet haben (Rufe bei den Christlichsozialen: Immer der alte Schläger.) und den wir im vorigen Jahre beendet wollten, für den die Arbeiter gestreikt haben, für den der Begründer Ihrer Partei Dr. Patai (G.R. Kunschak ruft: Patai ist kein Mitglied unserer Partei) denselben Standpunkt eingenommen hat, den heute Lloyd George und Clemenceau einnehmen. Wenn es eine Partei in diesem Saale geben würde, die das Recht hätte, gegenzu sprechen, so wäre es einzig und allein die sozialdemokratische Partei (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig.) Wer Butter auf den Kopf hat darf eben nicht in die Sonne gehen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Den Butter haben sie von den Zentralen.) Man will eben die Bevölkerung nicht daran erinnern, dass jetzt die Rechnung repräsentiert wird die im Juli 1914 gemacht wurde. Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten und auf der Galerie.)

V.B. Winter ersucht die Galerie sich jeder Beifallkundgebung zu enthalten.

G.R. Breitner betont, dass die Sozialdemokratische Partei wenn sie heute für Erhöhungen stimme, es eben deshalb tut, weil sie sich die Verantwortung bewußt ist, die ihr die Bevölkerung auferlegt hat. Sie wolle keine Politik des Bankrottes machen.

Der Referent wendet sich gegen den Antrag Schmid den er als unsachlich bezeichnet und der zufolge hätte, dass die Gaswerke in jedem weiteren Jahr mit einem neuen Defizit zu rechnen hätten. Redner weist auch auf die bevorstehende Steigerung der Kohlenpreise hin und gibt der Befürchtung Ausdruck, dass das Gaswerk im kommenden Winter einen noch schwereren Stand haben werde. Derzeit sei ein Defizit von 200 Millionen Kronen erreicht und das Gemeindebudget weist ein Defizit von 400 Millionen Kronen auf. Da wäre es ein unerhörter Grad von Unverantwortlichkeit wenn man den Ernst der Lage nicht erkennen würde indem sich die Bewohner der Stadt Wien sich befinden, und man nicht alle Maßnahmen treffen würde, die notwendig sind einer Verelendung vorzubeugen. Als wir in der Opposition waren haben wir keinen Anteil an der Verwaltung gehabt. (Rufe bei den Sozialdemokraten Sehr richtig.) Darüber kommen sie nicht hinweg und sie dürfen auch keine solche fraktiöse Politik treiben. Auch die Lohn-erhöhungen sind keine Parteipolitik gewesen, denn sie waren notwendig. Sie sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Arbeiter und Angestellten der städt. Betriebe geknebelt und geknechtet waren. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig! Rufe bei den Christlichsozialen: Oh!)

Referent wendet sich gegen G.R. Kunschak und erklärt dass seit 1. Feber ein Antrag der Majorität vorliege, der die Verdoppelung des Gaspreises beinhaltet. Sie haben diese aber wegen der Wahlen hinausgeschoben. (G.R. Kunschak: Sie waren mit an einem Tisch gesessen.) Sie werden doch nicht glauben, dass die Bevölkerung so dumm ist und annimmt, dass die Sozialdemokraten die Tarifierhöhungen aufgeparrt haben um damit zu prällieren. Wenn wir heute darauf bestehen, dass die Dinge nicht weiter verschleppt werden, so auch deshalb weil es notwendig wird eine Defizitanleihe aufzunehmen. Und dafür müssen die Voraussetzungen beschaffen werden. Wir werden auch mit solchen Dingen kommen die jene Schichten treffen werden, die geglaubt haben durch den Krieg ein Geschäft zu machen, und jene progressive Besteuerung in der Gemeinde einführen, die die einzig gerechte und mögliche darstellt. Vielleicht werden wir bei den städtischen Betrieben auch zum Strassenbahner System gelangen können, das die höher Bemittelten mehr heranzieht, als die minderbemittelten. Der Referent spricht sich dann in eingehender Erörterung für die Ablehnung der gestellten Abänderungsanträge aus und schliesst: Ich bitte ~~die~~ Vorlage, von deren ganzen Schwere, Härte und fast Unerträglichkeit wir alle überzeugt undurch-

drungen sind, Ihre Zustimmung zu geben. Es ist die Einleitung des Begründungsprozesses in der Gemeinde, die Liquidierung einer traurigen Erbschaft aus dem Kriege. So traurig sich die Verhältnisse heute anlassen und so wenig Ursache wir haben mit Optimismus in die Zukunft zu blicken, dürfen wir uns doch keiner Verzweiflung hingeben, sondern müssen das machen, was notwendig ist, und notwendig ist die Ordnung in den Finanzen der Gemeinde auf jenen Gebieten, wo wir unbeschränkte Gewalt haben und nicht die Auseinandersetzung mit Land und Staat brauchen. Ich bitte in Erkenntnis dieser Notwendigkeit den Anträgen Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Die Anträge Schmid, den Gaspreis mit 50 Heller festzusetzen und einen Teil des Abganges durch Erhöhung des Verkaufspreises für die Nebenprodukte hereinzubringen, werden abgelehnt, ebenso der Antrag Roth betreffend die Berücksichtigung der Hausbesitzer; weiters der Antrag Josef Müller für Gemeinschaftskriegsküche und Kriegsküchen den Gaspreis mit 40 Heller festzusetzen. Ferner werden folgende Anträge, die vom GR. Körber überreicht wurden, abgelehnt: 1.) Für jene Gewerbetreibenden der 3. und 4. Erwerbsteuerklasse, welche in ihren Betrieben für ihre Motoren städtisches Gas beziehen, wird der Preis für diese nur um 50 % des jetzigen Preises erhöht. 2.) Die erhöhten Gaspreise sollen bei den Bäckereibetrieben nicht in Anwendung gebracht werden, da diese staatlich festgesetzte Brotpreise haben. Schliesslich wird auch der Antrag des GR. Angermayer abgelehnt. Somit werden die Anträge des Stadtrates unter Ablehnung des Antrages Kunschak mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Vize-Bgm. Hoss übernimmt den Vorsitz.

Ueber Antrag des Vize-Bürgermeisters Winter wird ein Betrag von 3 Millionen Kronen für das neutrale Kinderrettungswerk „Wiener Jugend-Hilfswerk“ zur Durchführung des durch die amerikanische Lebensmittelkommission eingeleiteten Kinderhilfswerkes bewilligt.

Ebenso wird über Antrag des gleichen Referenten für „Ankäufe für das historische Museum“ ein Betrag von 20.000 Kronen genehmigt.

GR. Schorsch legt den Kollektivvertrag für die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes vor.

GR. Waldsam: Mit dem Wortlaut des Vertrages bin ich nicht einverstanden. Ich stelle aber keine Abänderungsanträge, da, wie es sich heute gezeigt hat, unsere Anträge abgelehnt werden und da ich will, dass die Arbeiter selbst darauf kommen, dass

sie zum Nachteil kommen und zwar ein Teil der Arbeiterschaft. Wie-so es gekommen ist, dass wir als Minderheit nicht mehr so zum Wort kommen, ist der sozialistische Terror schuld. 120 Elektrizitätsarbeiter haben mir mündlich versichert, sie sind nur Mitglieder des Arbeiterverbandes geworden, weil sie gezwungen wurden, sie sind aber gleichzeitig in der christlich-sozialen Organisation. 26 Mitglieder gibt es, die doppelt gewerkschaftlich organisiert sind. Das sind Tatsachen, die nicht länger andauern können. Es ist ein Grundgesetz: Für gleiche Arbeit, gleicher Lohn. In dem Antrage heisst es, dass ungelernete Hilfskräfte eine Entschädigung von 1 K 76 erhalten, für weibliche Arbeiter beträgt die Entlohnung um 40 Heller weniger. Besonders gross ist der Unterschied bezüglich der Teuerungszulage. Bei den Angestellten des Magistrates haben sie eine Zulage von 200 Kronen, für den hohen Beamten und Diener gleichmässig bewilligt. Bei der Teuerungszulage der Strassenbahnbediensteten haben sie nur 150 Kronen monatlich zuerkannt, doch wenigstens gleichmässig für Männer und Frauen. In dem heutigen Antrag bewilligen Sie 50 Kronen für die Woche, das beträgt vierteljährlich 650 Kronen, während die Angestellten des Magistrates für die selbe Zeit bloss 600 und die Strassenbahnerarbeiter nur 450 K erhalten. Aber dass Arbeiterinnen über 18 Jahre nur 39 K bekommen finde ich unangreiflich. Diese sind vielfach Familienerhalter und verdienen gleiche Behandlung wie die Männer. Ohne Anträge zu stellen, bin ich auf diese Misstände zurückgekommen und bitte nächstens nach einem gewissen System vorzugehen.

Der Referent bespricht in seinem Schlussworte kurz die Ausführungen des GR. Waldsam und betont, dass der Vertrag im Einvernehmen mit den Arbeitern zustande gekommen ist. Hierauf werden seine Anträge angenommen.

Nach Berichten des GR. Siagel werden für die Ablehnung und Ueberarbeitung von Grabsteinen heimgefallener ~~Exzellenz~~ Gräber am Zentralfriedhofe 100.000 K und für die Erweiterung des Simmeringer Friedhofes 30.000 Kronen genehmigt.

GR. Speiser berichtet, über die Erhöhung der Kosten für die Umgestaltung des Schlosses Neulengbach in ein Erholungsheim. Sein Antrag, die veranschlagten Kosten von 382.000 K auf 465.000 K zu erhöhen wird angenommen.

Nach Berichten des GR. Müller (III.) werden für die Herstellung von Einfriedungen in der städtischen Baumschule in Albern 56.000 Kronen genehmigt und die Gebühren für die Anbringung von Sargträgern in Gräften der Gemeindefriedhöfe vom 1. Juni an aufgehoben. Den Totengräbern wird gestattet ihrerseits den Bestellern die Selbstkosten anzurechnen.

7

Nach einem Berichte des StR. Weigl wird die Systemlieferung einer Chauffeurstelle für das Personauto des städtischen Landwirtschaftsamtes genehmigt.

StR. Weigl berichtet über die Übernahme der den Straßenbahnen zugewiesenen Bediensteten der Stellwagenunternehmung. Die Anträge werden angenommen.

StR. Körber berichtet über die Erwerbung der Kriau durch die Gemeinde Wien und stellt die bekannten Anträge.

GRin. Wiesloch begrüsst den Antrag als Mandatarin des 2. Bezirkes und tritt für die Erwerbung dieses grossen Komplexes ein, der durch Errichtung von Sport- und Spielplätzen der Bevölkerung des 1., 2. und 3. Bezirkes Erholung bieten soll. Die Kriau ist ein Teil des Praters, der frei zugänglich werden soll, es muss aber dabei selbstverständlich getrachtet werden, dass die Kulturbestände geschont werden, nicht wie es jetzt in den Parkanlagen geschieht. Uebrigens ist es von grossem Wert, dass durch die Übernahme dieses grossen Komplexes die Gemeinde nun in die angenehme Lage kommt, die Lämpel zu beseitigen und die Uebensitzer des Bodens auszugleichen, um der gefährlichen Malaria vorzubeugen. Die Meierei soll vergrössert, der ganzen Bevölkerung einen Erholungsplatz bieten. Der Ankauf sei auch deswegen zu begrüssen, weil durch ihn der 21. Bezirk über den Handelskai der längst notwendige Verbindungsweg zur Ost- und Südbahn erhält. Sie empfiehlt die Annahme des Antrages, um den Kindern und Kindeskindern diesen Boden zu retten.

GR. Angeli bezeichnet die Erwerbung der Kriau als einen guten Griff der Gemeinde und spricht dem Referenten für seine Bemühungen in dieser Sache den besten Dank aus. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

G.R. Rudolf Beer wünscht, dass die Kriau in großzügiger Weise zur Gemüsezuucht hangezogen werde.

Der Referent weist in sein Schlussworte darauf hin, dass die Gemeinde ja während der Kriegszeit der Gemüseversorgung der Stadt Wien ein besonderes Augenmerk zugewendet habe und betont, dass sich die Kriau infolge ihrer Lage hierzu nicht besonders eignen dürfte. Die Referentenanträge werden hierauf angenommen.

Nach Wahlen in gemeinderätliche Ausschüsse wird die Sitzung geschlossen.